

kotta-Figuren« (10 bis 20 cm hohe aus Ton geformte, bunt bemalte Terrakotten²⁴) übergab er 1956 dem Fasnachtsmuseum im Schloss Langenstein. Am 3. Dezember 1974 meldete der »Südkurier Konstanz«: *Ein Leben für die Musik – Zum Tode des Konstanzer Bürgers Heinrich Wollheim (...). Seine Liebe zu den kleinen Dingen war das eine, seine Liebe zu den Menschen ein weiteres.*« Wie geschätzt Heinrich Wollheim war, bezeugt auch seine umfangreiche Korrespondenz mit großen Persönlichkeiten aus der Musikwelt, die neben seinem übrigen Nachlass in der Staatsbibliothek Berlin verwahrt wird.

Resümee

Pater Gregor Schwake und Heinrich Wollheim, beide 1892 geboren, widmeten ihr Leben der Musik. Sie gab ihnen in schweren Stunden Kraft zum Durchhalten und Überleben. Pater Schwake hat sein Lebenswerk einmal so umrissen: *Meine Berufung war es, andere Menschen froh zu machen.* Und das dürfte gewiss auch das Motto Heinrich Wollheims gewesen sein.

Anmerkungen:

- ¹ Dr. Theodor Schwake, Benediktiner (Klostername Gregor), geb. 15. 4. 1892 in Emmerich/Niederrhein, Kloster Gerleve/Niederrh., seit 2. 1. 1944 im KZ Dachau; entlassen am 10. 4. 1945. Während seiner Haft in Dachau entstanden mehrere Kompositionen, unter anderem die »Dachau-Messe« und etwa 100 Gedichte. Er starb am 13. 6. 1967.
- ² Abt Jean Gabriel Hondet, Benediktiner aus Bayonne/Frankreich, geb. 10. 5. 1888 in Belloc, seit 22. 12. 1944 im KZ Dachau, befreit 29. 4. 1945.
- ³ Aufnahme von Pater Karl Schmidt, Salesianer. Im KZ Dachau vom 14. 12. 1940 bis 10. 4. 1945; Arbeitseinsatz im »Fotokommando Kräutergarten«.
- ⁴ »Christ ist erstanden von der Marter alle ...« aus dem 12. Jahrhundert ist vermutlich einer der ältesten liturgischen Gesänge in deutscher Sprache. Siehe: *Theo Mang/Sunhilt Mang*: Der Liederquell. Eggolsheim 2012, S. 1061.
- ⁵ *Gregor Schwake*. Mönch hinter Stacheldraht – Erinnerungen an das KZ Dachau. Hrsg. Marcel Albert. Münster 2005, S. 12.
- ⁶ Siehe auch *Eleonore Philipp*: Priesterkomponisten im KZ Dachau – Musikalisches Wirken 1941–1945. In: *Amperland* 32 (1996) Heft 1, S. 242–248.
- ⁷ *Philipp*, S. 246.
- ⁸ Wilhelm Furtwängler, geb. 25. 1. 1886 in Berlin-Schöneberg, übernahm 1920 die Leitung des Orchesters der Berliner Staatsoper, 1933 – kurz vor der »Macht-ergreifung« Hitlers – wurde er Direktor der Berliner Staatsoper. Er komponierte seit frühester Jugend Sinfonien, Klavierkonzerte, Kammermusik, Chorwerke und Lieder. Gestorben 30. 11. 1954 in Ebersteinburg bei Baden-Baden.
- ⁹ Mitteilung von *Tobias Knickmann* (Universität Hamburg), der ein Lexikon verfolgter Musiker und Musikerinnen in der NS-Zeit erstellt, im Oktober 2017.
- ¹⁰ Edwin Fischer, geb. 1886 in Basel, gest. 1960 in Zürich, war Pianist, Dirigent, Musikpädagoge, Komponist und Schriftsteller.
- ¹¹ Für einen Notenkopisten war große musikalische Sachkenntnis Voraussetzung. Er hatte handschriftlich Abschriften von Kompositionen herzustellen, musste aus einer Partitur oder Direktionstimme Kopien für die Einzelstimmen fer-

tigen oder je nach Auftrag in eine andere Tonart transponieren. Fehlerfreiheit und Leserlichkeit waren wichtige Qualitätskriterien, hohes Arbeitstempo war gefordert (Angaben von Prof. Dr. Josef Focht, Professor für Instrumentalkunde, Universität Leipzig).

- ¹² Elsa Wollheim, geb. Kutschke, geb. 29. 5. 1890 in Sohland/Bez. Bautzen, arbeitete als Privatsekretärin des Kunsthistorikers und Kunstwissenschaftlers Julius Meier-Graefe (1867–1935). Erwähnt bei *Nico Rost*: Goethe in Dachau. Berlin 1946, S. 91. Elsa Wollheim starb 1971.
- ¹³ *Lina Franken*: Der aktive und passive Widerstand in Konstanz um Umgebung 1933–1945 – Fluchthilfe für jüdische und politisch Verfolgte. Copyright by Lina Franken 2000 (aus Internet); *Wolfgang Wetter* (Hrsg.): Judenretter im Dreiländereck während des Zweiten Weltkrieges. Herder Verlag 2005 (aus Internet).
- ¹⁴ 1943 wurden normalerweise keine Juden mehr ins Hauptlager Dachau eingewiesen.
- ¹⁵ *Hans-Günter Richardi/Eleonore Philipp/Monika Lücking*: Dachauer Zeitgeschichtsführer. Dachau 1998, S. 270.
- ¹⁶ *Guido Fackler*: Musik im KZ Dachau. In: Katalog »Musik in Dachau«, hrsg. von *Josef Focht* und *Ursula Nauderer*. Dachau 2002, S. 183: »(...) 1941 genehmigte [Lagerführer] Egon Zill die Bildung eines solchen Ensembles in Dachau, das dort als eigenständiges »Kommando Lagermusik« geführt wurde, [bestehend] aus 14 tschechischen, 10 polnischen, 2 österreichischen und 2 deutschen Musikern. (...) außerdem arbeiteten mehrere Notenschreiber für das Ensemble. (...) Im Vergleich zu einfachen Häftlingen befanden sich die Mitglieder der Lagerkapelle in einer privilegierten Position, weil sie in einem leichten lagerinternen Arbeitskommando beschäftigt waren, Lebensmittelzulagen und weitere Vergünstigungen erhielten. Proben wurden täglich abgehalten.
- ¹⁷ Eidesstattliche Erklärung Wollheims vom 19. 11. 1946 im Nachlass W. Furtwänglers (Mitteilung Prof. Dr. J. Focht). – Furtwängler hatte bereits am 19. 9. 1938 eine wohlwollende Empfehlung für Heinrich Wollheim geschrieben, vgl. Berliner Staatsbibliothek – Musikabteilung (Briefsammlung Wollheim).
- ¹⁸ *Klaus Lang*: Wilhelm Furtwängler und seine Entnazifizierung. Aachen 2012, S. 5.
- ¹⁹ *Wilhelm Furtwängler*: »Meine Stellung zum Nationalsozialismus war von Anfang an klar (...) Zwar gelang es mir, in meiner privaten Sphäre unangetastet zu bleiben, so konnte ich sowohl meine jüdische Sekretärin wie die Juden im Orchester zunächst vollzählig erhalten. (...) Ich hätte emigrieren können (...) Ich konnte Deutschland in seiner tiefsten Not nicht verlassen. In diesem Moment herauszugehen, wäre mir wie schimpfliche Flucht erschienen. Schließlich bin ich ein Deutscher (...) Ich bereue nicht, für das deutsche Volk dies getan zu haben.« In: *Klaus Kanzog*: Offene Wunden – Wilhelm Furtwängler und Thomas Mann. Würzburg 2014, S. 82–84.
- ²⁰ Agathe von Tiedemann, Pianistin und Furtwänglers Sekretärin, in: *Lang* (wie Anm. 19), S. 209.
- ²¹ Goebbels Eintrag in sein Tagebuch am 1. Nov. 1935: »Lange Unterredung mit Furtwängler. Hat wie immer einen Sack voll Sorgen und Beschwerden. Aber sonderbarerweise fast immer für andere und fast nie für sich. Er ist schon einer!« In: *Kanzog* (wie Anm. 20), S. 48. – Furtwängler hat nach eigenen Angaben nie das Wohnhaus Goebbels betreten.
- ²² *Lang*, S. 179–183
- ²³ *Schwake* (wie Anm. 5), S. 121. Die Rückkehr in das Heimatkloster Gerleve war vor Kriegsende nicht möglich, da die Abtei von der Gestapo beschlagnahmt worden war.
- ²⁴ Eva 300 künstlerisch hochwertige Tonfiguren des Malers Franz Josef Sohn aus Kümmerzhofen b. Bad Waldsee: Zeugnisse bäuerlicher Volkskunst.

Anschrift der Verfasserin:

Eleonore Philipp, Schulmeisterberg 23, 85229 Niederroth

Katholische Kirche und Nationalsozialismus in Freising

Von Paul Hoser

Ein erster Zusammenstoß zwischen einem örtlichen Vertreter der Freisinger NSDAP und einem Kirchenmann spielte sich im April 1932 ab. Das Verhalten der Nationalsozialisten bei der Beerdigung eines ihrer Gesinnungsgenossen erregte den Unwillen des Stadtpfarrers Valentin Ackermann von St. Georg.

Stadtpfarrer Valentin Ackermann

Ortsgruppenleiter Georg Preisser sprach am Grab davon, wie der Verstorbene am 13. März 1932 zur Wahl abgeholt werden sollte und sagte: »Es geht nicht mehr, ich kann nimmer – geht, tut Ihr eure Pflicht, und Dein Auge wandte sich auf das Bild deines Führers, welches an der Wand angebracht war, mit dem Ruf und Erhebung deiner matten Hand: »Heil Hitler.«¹ Preissers rührseliger Hitlerkult wurde noch durch

den während der Trauermusik gezeigten Hitlergruß überboten: »Für uns Nationalsozialisten ist das Pflicht, diesen letzten Ehrenakt zu bezeugen, und zwar durch Handerheben.« Ackermann hatte den Nationalsozialisten vorgeworfen, in der aufdringlichsten Weise die politische Agitation in die Weihe des Friedhofs hineingetragen zu haben. Die Rede Preissers sei weniger gesprochen worden, um den Toten zu ehren, als um für die SA zu werben: Eine derartig geschmacklose politische Ausschachtung einer kirchlichen Weihehandlung müsse den gläubig empfindenden Menschen aufs tiefste verletzen: »Das katholische Stadtpfarramt St. Georg glaubt, daß der gesunde Sinn der Bevölkerung durch solche Versuche nur von tiefem Ekel erfüllt wird und erhebt dagegen im Namen seiner Pfarrangehörigen und der Kirche den schärfsten Protest.«² Es war

vermutlich im Juni 1934, als der neue Leiter der städtischen Polizei, Hubert Rasch, Ackermann von der Kanzel herunter verhaften ließ.³ Der genauere Grund ist nicht bekannt. Ackermann wurde von der Bayerischen Politischen Polizei wegen ungebührlichen Verhaltens gegenüber der Freisinger Polizei verwahrt.⁴ Auch die Mutter einer Frau Fent, die das Geschehen weitererzählt hatte, wurde für eine kurze Zeit in Haft gehalten.

Prediger Karl Uschold

In einer Jahresschlussandacht hielt der Priester Karl Uschold, der Prediger in St. Georg war, eine Ansprache, die als regimiekritisch empfunden wurde.⁵ Nach dem Monatsbericht der Regierung von Oberbayern hatte sie Unruhe in der Bevölkerung hervorgerufen. Die Politische Polizei war eingeschaltet worden. Eine gerichtliche Untersuchung wegen Kanzelnmissbrauchs wurde aber vom Landgericht München eingestellt.

Hochschulprofessor Robert Linhardt

Robert Linhardt, Geistlicher und Hochschulprofessor in Freising, wurde am 27. Mai 1934 wegen einer akademischen Festrede durch die Gestapo verwahrt. Wegen einer weiteren regimiekritischen Rede zeigte ihn der Nationalsozialistische Studentenbund (NSB) in Tübingen an. Die gerichtliche Untersuchung vom 20. Februar bis zum 12. April 1934 hatte offenbar keine gravierenden Folgen. Im Juli 1938 nahm die Gestapo eine Haussuchung bei Linhardt vor.⁶ Linhardt sympathisierte aber grundsätzlich mit dem Nationalsozialismus.⁷

Pallotinerpater Viktor Gallmann

Der Religions- und Sportlehrer P. Viktor Gallmann von den Pallotinern wurde 1935 ins Kultusministerium vorgeladen und ihm die Lehrtätigkeit am Missionsseminar wegen politischer Unzuverlässigkeit verweigert.⁸ Er wurde beschuldigt, in einer Predigt gesagt zu haben, die katholische Kirche sei nicht national, sondern international. Der Leiter der Freisinger Polizei sagte aber zu seinen Gunsten aus, sodass die Vorwürfe zurückgenommen wurden.

Diözesanpräses Johann Baptist Lohr

Besonders argwöhnisch waren die Nationalsozialisten gegenüber der katholischen Verbands- und Vereinsarbeit, deren Wirkung sie fürchteten. 1934 wurde der Diözesanpräses der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, Johann Baptist Lohr, wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz⁹ verurteilt, allerdings in der Berufung vor dem Landgericht München II freigesprochen. 1937 ordnete der Regierungspräsident von Oberbayern die Überwachung der Vereinstätigkeit an.¹⁰

Regens Johann B. Westermayr

1935 forderte der Regens des Klerikalseminars, Johann Baptist Westermayr,¹¹ die Nationalsozialisten heraus. Zur Eröffnung der Ausstellung »Von deutscher Art und Kunst« hatte die NS-Kulturgemeinde auch ihn eingeladen. Er schrieb dem Leiter der NS-Kulturorganisation, Oberlehrer Kriner, der größte Teil der ausgestellten Bilder »[...] konnte und mußte allgemein gefallen. Dagegen hat mich bei Dürers Passion, Dreifaltigkeit usw. die zum mindesten eher mißverständliche Bezeichnung als »Mittelalterlicher Glaube« befremdet und kann ich als Pädagoge den aufdringlichen Nuditäten wie z. B. in Behams Frauenbad den Charakter einer doch auch für Kinder und Jugendliche berechneten Haus- und Volkskunst nicht zuerkennen. Vor allem aber mußte ich als Katholik, katholischer Priester und Leiter einer erzbischöflichen Anstalt Anstoß neh-

men sowohl an der Bezeichnung wie an mehreren Darbietungen der Gruppe »Kampf gegen die Dunkelmänner«. Durch diesen Titel ist die Gruppe in das Licht einer Tendenz gerückt worden, die mit Kunst und Volkskunst nichts zu tun hat und gegen die ich selber hiemit Beschwerde einlege und protestiere, auch im Namen und Interesse der heutzutage mit Recht so hochgehaltenen Volksgemeinschaft und Achtung religiöser Gefühle.«¹² Auch Kardinal Faulhaber habe die genannten Teile der Ausstellung kritisiert.¹³ Oberbürgermeister und Kreisleiter Carl Lederer lag anscheinend dennoch an einem guten Verhältnis zu Westermayr, der ihm seinerseits 1935 gute Wünsche zum neuen Jahr sandte.¹⁴

Direktor Josef Roßberger

Größeres Aufsehen erregte der von den Nationalsozialisten auch öffentlich ausgeschlachtete Fall Roßberger.¹⁵ Der Direktor des erzbischöflichen Knabenseminars, Josef Roßberger, hatte bereits im Juni 1933 einen schlechten Eindruck von den neuen Machthabern erhalten, weil die SA den Gesellentag in München durch provozierte Schlägereien gestört hatte.¹⁶ Kreisleiter Lederers Vertrauensmann in Sachen des Seminars war offenbar Präfekt Albert Hartl, der schon am 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP geworden war. Ein Stiefbruder Lederers war ein Studienfreund Hartls. Als Roßberger an einem Artikel des »Freisinger Tagblatts« Anstoß nahm, in dem es um die Gefahren ging, denen junge Mädchen ausgesetzt waren und das Abonnement der Zeitung kündigte, ließ Lederer Hartl durch einen Dritten Roßbergers Brief zugehen.¹⁷ Er müsse dies als eine Handlung auffassen, die geeignet sei, gegen die Bemühungen der nationalsozialistischen Regierung für die Arbeitsbeschaffung zu verstoßen. Er wisse nicht, wie weit Roßberger möglicherweise Einfluss auf die Abonnenten habe und bitte Hartl herauszufinden, wie er die Ansichten seines Chefs über die Schriftleitung des »Freisinger Tagblatts« korrigieren könne.

Roßberger wurde am 17. November 1933 verhaftet. In der ersten Nummer des Jahres 1934 berichteten sowohl das »Freisinger Tagblatt« als auch die »Freisinger Nachrichten« über die Verhandlung gegen Roßberger vor dem Sondergericht München am 1. Januar 1934.¹⁸ Man hielt ihm vor, sich am 30. Oktober und einem anderen nicht mehr genau feststellbaren Tag »Lügen aus dem Braunbuch« bezüglich des Reichstagsbrandes¹⁹ zu eigen gemacht zu haben.²⁰ Roßberger bestritt dies und behauptete, die Beschuldigungen seien auf Missverständnisse der Zeugen, insbesondere des Hauptzeugen gegen seine Person, Hartl, zurückzuführen.²¹ Die Anzeige des Kreisleiters Lederer gegen Roßberger vom 8. November 1933 beruhte im Wesentlichen auf den Angaben, die Hartl ihm gemacht hatte. Es sei nicht wahr, dass er in Bezug auf den Reichstagsbrand gesagt habe, die Nationalsozialisten seien die Täter und sie sollten die Wahrheit bekennen. Den Besuch der Versammlung mit Innenminister Wagner habe er nicht untersagt, sondern Präfekten und Zöglingen freigestellt. Es sei möglich, dass er gesagt habe, nachdem das Konkordat den Geistlichen jede politische Tätigkeit untersage, habe es auch keinen Wert, Wahlversammlungen zu besuchen.²² An verächtliche Äußerungen über Führer der Partei und SA wollte er sich nicht mehr erinnern können. Die besonders drastische Bemerkung »Überhaupt sei nur der Abschaum der Menschheit bei der Partei«, die sich in den Prozessakten findet, wurde in der Presse nicht wiedergegeben.« Dagegen blieb Hartl bei seiner Aussage, in der sowohl der Vorwurf der abfälligen Formulierungen als auch die Bemerkung Roßbergers zum Reichstagsbrand enthalten war.²³ Nach Hartls Angaben hatte Roßberger wiederholt

gesagt, bei den Nationalsozialisten seien geistig und moralisch minderwertige Leute dabei. Innenminister Wagner sei gegen die katholische Religion eingestellt. Hartl belegte dies auch mit Auszügen aus Tagebuchnotizen, die er dem Gericht übergab. Von einem Blatt versuchte er dabei, während der Verhandlung vorher einen Teil abzutrennen, wurde aber vom Gerichtsvorsitzenden gezwungen, es ebenfalls abzugeben. Darauf stand, Roßberger habe Wagner als »besoffenen Hanswurst« bezeichnet. Hartl bestritt Roßbergers Darstellung, dass er verstimmt sei, weil man ihn nicht als Studienrat berufen habe. Seines Wissens nach habe ihm Roßberger auch nichts in den Weg gelegt, sondern ihn sogar zu seiner Bewerbung aufgefordert. Lederer hatte Hartl nach dessen Parteibeitritt vorgeschlagen, sich als Religionslehrer an die Lehrerbildungsanstalt zu bewerben. Hartl brachte zudem vor, dass er zu Roßberger in freundschaftlichen Beziehungen stehe. Er habe es lediglich für seine Pflicht gehalten, gegen die dauernden Angriffe des Direktors auf die neue Regierung einzuschreiten. Auch OB Lederer sagte gegen Roßberger aus. Er habe mehrfach von dessen regierungsfeindlicher Einstellung Mitteilungen erhalten. Das Sondergericht verurteilte Roßberger am 2. Januar 1934 zu acht Monaten Gefängnis. Entscheidend war Hartls Aussage gewesen. Am 5. Januar ging bei der Politischen Polizei die Meldung ein, diese werde in Kreisen der katholischen Kirche als Verrat angesehen. Einen Tag später wurde Hartls Post überwacht. Es ging eine Anzahl anonymer Karten und Drohbriefe bei ihm ein.²⁴ Am 11. Januar meldete die Freisinger Presse, er sei, allerdings unter angenehmen Bedingungen, in Schutzhaft verbracht worden.²⁵ Generalvikar Michael Buchwieser hatte ihm gegenüber am 6. Januar 1934 offen gesagt, man könne nach seinem Verhalten keinem andern Geistlichen zumuten, sich mit ihm an einen Tisch zu setzen.²⁶ Roßberger wurde am 17. Januar 1934 in die Gefangenenanstalt in Nürnberg eingeliefert.²⁷ Das Sondergericht München beschloss am 17. August 1934, dass es aufgrund der Amnestie vom 7. August dieses Jahres unzulässig sei, ihn weiter in Haft zu behalten.²⁸ Roßberger wurde dann Benefiziumsverweser und Chordirektor an der Münchner Stadtpfarrkirche Heiliggeist. Am 13. Dezember 1936 starb er als Opfer eines Autounfalls.²⁹

Seine Forderung nach einem Vorgehen gegen Roßberger hatte 2. Bürgermeister Hans Lechner allgemein damit begründet, dass Freising das Zentrum einer katholischen Bewegung südlich der Donau sei, die zwar nicht offiziell greifbar sei, aber sehr wohl existiere, was man aus dem allgemeinen Verhalten der Geistlichkeit entnehmen könne. Es bestehe um den Oberstudienrat Dr. Theodor Scherg ein Kreis katholischer Geistlicher, die sich mit der Tatsache der nationalsozialistischen Herrschaft nicht abfänden, sondern versuchten, die nationale Entwicklung der Bevölkerung zu hemmen. Als Mittel stünden der Geistlichkeit der Religionsunterricht und die Führung der katholischen Jugend- und Burschenvereine zur Verfügung: »Der Widerstand der hier vorhanden ist, hat seine Ursache zum Teil in dem erst vor kurzem aufgehobenen Versammlungsverbot kath. Organisationen.«³⁰

Der Umgang mit Roßberger bewirkte bei der Geistlichkeit einen Schock: Es handelte sich um einen vollkommen überraschenden und wegen seiner Heftigkeit unerwarteten Angriff, der vor allem durch das unsolidarische Handeln Hartls tief im kollektiven Gedächtnis des Klerikerstands verwurzelt blieb.³¹

Präfekt Max Mangold

Die Präfekten, die versucht hatten, Roßberger vor Gericht möglichst zu entlasten, waren den Nationalsozialisten besonders verdächtig. Das Kultusministerium forderte Mitte

November 1934 von der Gauamtsleitung des NSLB eine Beurteilung des Präfekten Max Mangold an, der nebenamtlich auch Religionslehrer an der Lehrerbildungsanstalt war.³² Kreisamtsleiter Johann Hoffmann schrieb dem Gauamt, er kenne den Betroffenen nicht, doch wisse er, dass er nicht zu den Geistlichen gehöre, die freudig für den neuen Staat einträten. Nach der Beurteilung des Kriminalkommissars Wagner habe er sich im Prozess gegen Roßberger so verhalten, dass man seine gegnerische Gesinnung deutlich erkennen konnte. Grundsätzlich urteilte Wagner: »Die überwiegende Zahl der Herren vom Domborg ist nach wie vor gegen das neue Regiment, verhält sich aber abwartend und ist klug zurückhaltend, so, daß man sie nicht fassen kann.«³³

Albert Hartl beim SD

Albert Hartl trat schließlich dem SD, das heißt dem mit der Gestapo verflochtenen Sicherheitsdienst der Partei, in München bei und wurde am 25. April 1934 in die SS übernommen.³⁴ Als Erstes gab er die Information, dass auf dem Domborg Waffen versteckt seien.³⁵ Darauf ließ die Bayerische Politische Polizei unter Beteiligung der SA am 15. April 1934 eine Durchsuchung vornehmen, doch war das Ergebnis recht bescheiden.³⁶ Freisinger Geistliche erzählten auch, im Boden der Krypta seien bei der Durchsuchung Gräber geöffnet und die darin befindlichen Gebeine herausgeworfen worden. Die Politische Polizei bestritt den Beweiswert der davon angefertigten Fotos und unterstellte Manipulationen.

Kardinal Michael Faulhaber

Von der nächsten Aktion war Kardinal Faulhaber selbst betroffen. Am 18. Februar 1935 vollzog er im Presbyterium der Domkirche die beiden letzten niederen Weihen von 111 Kandidaten in Gegenwart eines zahlreichen Publikums, das aus deren Angehörigen und anderen Gläubigen bestand.³⁷ In der Vorhalle boten Kandidaten des erzbischöflichen Klerikalseminars, die vom Kardinal am Papstsonntag, den 11. Februar 1935, gehaltene Predigt zum Verkauf an. Kriminalkommissar Wagner ließ den Kandidaten sämtliche vorhandenen Exemplare wegnehmen und sie auf die Polizei bringen. Er berief sich dabei auf die Münchner Polizeidirektion. Nachdem ein Münchner Domherr dort Rücksprache gehalten hatte, wurde zwar die Freigabe der Predigtexemplare angekündigt, doch verbot Wagner ihren Vertrieb in der Vorhalle des Doms. Dies teilte er Regens Westermayr telefonisch mit. Dieser protestierte mit der Erklärung, die Vorhalle sei Teil der Kirche und verlangte die Freigabe der beschlagnahmten Stücke bis zur Vesper um acht Uhr. Wagner erklärte, er lasse sich von ihm nicht kommandieren und hängte ein. Seminaristen holten dann die Predigt bei der Polizei ab. Es traf auch ein Protesttelegramm Faulhabers ein, das erst nach der Freigabe ankam. Westermayr schrieb zu dem Vorfall: »Die ungerechte Beschlagnahme der Predigt des Kardinals, und zwar in seiner Kirche und in der Stunde, wo er die Hl. Weihen vornahm, hat nicht nur das religiöse Empfinden der vielen anwesenden Gläubigen, sondern auch den elementarsten Anstand gegen einen Kirchenfürsten und das Rechtsgefühl aufs gröblichste verletzt.« Ganz anders sah es der nationalsozialistisch gesinnte Leiter der Polizei: »Es handelt sich auch hier nur um den Versuch einiger geistlicher Würdenträger ihre Macht zu erproben, denn man will es in den hiesigen Domborgkreisen immer noch nicht glauben, daß die Macht des politischen Katholizismus zu Ende ist.«³⁸ Ein Raum des Klerikalseminars sei sogar an einen Juden vermietet. Die Heiligkeit der Geistlichen höre dort auf, wo das Geschäft anfangen. Polizeikommissar Wag-

ner berief sich in seinem Bericht darauf, dass er Faulhabers Predigttext im Auftrag des Adjutanten des stellvertretenden Gauleiters Nippold und des Kreisleiters Lederer beschlagnahmt habe. Damit hatte es aber noch nicht sein Bewenden. Für den Abend des 19. Februar war um 19.15 Uhr eine Bibelpredigt des Kardinals mit feierlicher Andacht anberaumt. Schon eine halbe Stunde vorher herrschte große Erregung in der Kirche, weil die SA-Brigade 86 in Uniform geschlossen in den Dom eingezogen war und die Mitglieder des SA-Sturms 11/2 in Zivil, der NS-Frauenschaft und anderer nationalsozialistischer Organisationen ebenfalls mobilisiert worden waren. Gegen den Kardinal und die Gläubigen waren Drohungen ausgestoßen worden. Die Feier verlief aber ohne Störungen. Doch war von außen her durch die eingedrückte Scheibe eines Fensters am Nordschiff der Kirche eine Leitungsschnur gelegt worden. Faulhabers Predigt sollte im Postamt auf eine Wachplatte aufgenommen werden.³⁹ Auch hatte die SA den Treppeneingang zur Nordseite abgesperrt. Innerhalb des Doms war dort, wo die Leitung verlief, HJ postiert. Auf dem Rückmarsch sang die SA unter anderem »Stellt die Schwarzen an die Wand«. Faulhaber sah den Vorfall als Bedrohung an: »Heute sind nicht bloß alle kirchlichen Veranstaltungen außerhalb der Kirche verboten, die Polizei greift bereits in das Heiligtum ein und wird bald Predigt und Gottesdienst ebenso stören wie früher die Versammlungen außerhalb der Kirche. Bei meiner Predigt in Freising am 18. Februar wurde vom dortigen Polizeinspektor ein [SA-]Sturm aufgeboten, der einige Bänke der Kirche besetzte und ganz offen ein Kabel zur mikrophonischen Aufnahme der Predigt durch ein Fenster des Domes legte und jeden, der sich dagegen wehrte, verhaftete.« Das erzbischöfliche Ordinariat protestierte direkt beim Reichsinnenminister und forderte eine Erklärung, wie er solche Vorkommnisse zukünftig verhindern wolle.⁴⁰ Das Schreiben ging auch an den Reichsstatthalter von Epp. Der zuständige Referent des bayerischen Innenministeriums, Walter Stepp,⁴¹ stützte sich bei seiner Stellungnahme auf den Bericht des Polizeikommissars Wagner. Wer den Versuch gemacht habe, eine Leitung zu legen, um Faulhabers Predigt aufzunehmen, habe man trotz eingehender Ermittlungen nicht herausfinden können. Eine Störung des Gottesdienstes habe nicht stattgefunden. Eine Rücksprache des Präfekten Johann Wiesneth mit Faulhaber habe klar gezeigt, dass dieser von einer Störung nichts bemerkt habe, Oberbürgermeister Lechner habe als Standortältester der Freisinger SA eindrucksvoll Weisung gegeben, den Gottesdienst auf keine Weise zu stören, und zwar auch dann nicht, wenn Faulhaber wie kurz zuvor in München eine Predigt halte, die dem Nationalsozialismus widerspreche.⁴² Kein Zeuge habe bestätigen können, dass das Lied »Stellt die Schwarzen an die Wand« gesungen worden sei. Die Darstellung des Ordinariats und der Freisinger Geistlichkeit über die Vorkommnisse im Dom seien weit übertrieben. Innerhalb des Klerus habe eine gewisse Nervosität bestanden, weil sich der größte Teil der Kirchenbesucher aus nationalsozialistischen Kreisen zusammengesetzt habe.⁴³

Am 1. April 1935 sandten Lederer und Rechtsrat Bergmann ein Schreiben an den Kardinal, womit sie jede Verantwortung des Stadtrats für die Geschehnisse bestritten: »Der Stadtrat möchte [...] zur Vermeidung von Mißverständnissen darauf hinweisen, dass in den genannten Fällen dem Stadtrat, welcher lediglich Bezirks- und Ortspolizeibehörde ist, ein Einfluss oder eine Einwirkung nicht zustand. Es handelt sich um Maßnahmen, die völlig außerhalb des Wirkungskreises des Stadtrates und seines Amtsvorstandes lagen, und von anderen, hiefür allein zuständigen Stellen angeordnet wurden [...]. Der Stadtrat legt Wert darauf, alles zu vermeiden, was irgendwie

das gute Einvernehmen zwischen weltlicher und geistlicher Behörde grundlos zu stören geeignet wäre, – unbeschadet der Zuständigkeiten anderer in Betracht kommender Stellen. Der Stadtrat ist als Behörde zwar an die Weisungen und Befehle seiner vorgesetzten weltlichen Stellen gebunden. Wir glauben aber, dass in Zukunft wieder ein Weg gefunden wird, der es ermöglicht, mit Vertrauen an die Angelegenheiten heranzutreten, in denen sich der Wirkungskreis des Stadtrates und der geistlichen Behörden berührt.«⁴⁴ Faulhaber antwortete schroff: »Die Vorkommnisse in Freising, in erster Linie die Grabschändung in einem als Nationalmonument geltenden Dom, und die unerhörten Störungen des Gottesdienstes grenzen so nahe an bolschewistische Methoden, daß an höhere Stelle die Frage gerichtet werden muss, ob solche Vorkommnisse ohne Sühne in einem Reich hingenommen werden müssen, das auf dem positiven Christentum aufgebaut sein will. Mit Ihrer Erklärung, obige Maßnahmen seien ohne Verantwortung des Stadtrates von anderen hiefür allein zuständigen Stellen angeordnet worden, wird die Angelegenheit nicht aus der Welt geschafft, zumal ein Teil der Vorkommnisse sich unter den Augen des Amtsvorstandes des Stadtrates abspielte. Dass solche bolschewistischen Entweihungen des Freisinger Domes und Störungen pontifikalischer Gottesdienste eine große Beunruhigung in die Bevölkerung tragen und auch wirtschaftliche Nachspiele haben, ist tief zu bedauern.«⁴⁵

»Kulturkampf in Freising«

Der gegenseitige Ton hatte sich schon 1934 verschärft: Am 8. April 1934 sprach der stellvertretende Gauleiter Otto Nippold auf einer Großkundgebung in der Exerzierhalle. Dabei erwähnte er auch die katholischen Gegner des Nationalsozialismus in Freising: »Die schwarzen Kreise waren es, und nicht zuletzt die von Freising, die immer gesagt haben, Adolf Hitler zerstöre die Kirche. Adolf Hitler jedoch war es, der mit beiden Konfessionen den Frieden schloß. Wir aber warnen vor den Feinden, die in der Kirche zu suchen sind.«⁴⁶ Am 30. Mai sprach Gauamtsleiter Franz Xaver Reichinger auf einer Versammlung im Kolosseumssaal. Er wettete gegen die »konfessionellen Hetzer«, die sich nach wie vor in die Politik einmischten. Sie würden ähnlich einem »faulen Apfel in einem Korb mit guten Äpfeln« die anderen »Volksgenossen verderben.«⁴⁷ OB Lederer wollte schließlich unter Umständen den offenen Kampf riskieren. Er deckte jetzt auch auf, dass es die »deutsche Schulgemeinde«⁴⁸ in Freising gewesen sei, die versucht habe, die Rede des gegen die Gemeinschaftsschule⁴⁹ eingestellten Kardinals auf Schallplatten aufzunehmen: »Weder die Partei noch die Stadtverwaltung hat mit diesen Aktionen etwas zu tun. Trotzdem ordnete der Kardinal, wahrscheinlich durch falsche Berichterstattung beeinflusst, an, dass die Priesterweihe im Jahre 1935 in München stattfindet.«⁵⁰ Regens Westermayr habe aber gesagt, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen sei und eine entsprechende Fühlungnahme der Stadt sicher Erfolg haben werde. Auch er selbst wollte dem Kardinal berichten: »Daraufhin hat die Stadt Freising ein [...] höfliches Schreiben an den Kardinal gerichtet. Die Bevölkerung war durch die Verlegung der Priesterweihe nach München sehr erregt, da dies für Freising immerhin ein wirtschaftlicher Schaden wäre.« Deshalb habe man nachgegeben und sich an den Kardinal gewandt. Seine Antwort zeige, dass er über die Vorgänge in Freising falsch unterrichtet worden sei und »[...] dass der Herr Kardinal durch wirtschaftliche Schädigung der Freisinger Bevölkerung Unruhe stiften will, und [...] dass der Herr Kardinal einwandfreie Vorgänge, wie sie von der Bayer. Polit. Polizei angeordnet waren, als »bolschewistische

Methoden« anprangert«. Lederer sah darin ein sicheres Zeichen der Ablehnung des Nationalsozialismus durch die katholische Kirche. Es sei klar, »[...] dass man die Zeit wieder für gegeben hält, offen gegen den Staat und seine Träger anzukämpfen. Der Brief des Herrn Kardinals zeigt so richtig, dass man gar nicht daran denkt, am Wiederaufbau des Staates mitzuwirken, vielmehr alles unternimmt, den Staat zu zerschlagen.« Lederer bat um Weisung, wie er weiter vorgehen solle. Er schlug vor, die Schreiben des Stadtrats und des Kardinals ohne Kommentar in der Presse zu veröffentlichen, falls Faulhaber die Verlegung der Priesterweihe nach München nicht zurücknehme: »[...] damit die Bevölkerung sieht, mit welche [sic] gemeinen Mitteln eine Stadt wirtschaftlich geschädigt werden soll.«⁵¹ Gleichzeitig schrieb er aber an Regens Westermayr, er wolle einer gütlichen Verständigung zwischen Stadt und Ordinariat den Weg bahnen. Er wolle deshalb darauf hinweisen, dass er, als er von der Durchsuchungsaktion der Bayerischen Politischen Polizei erfahren habe, sofort auf den Domberg gekommen und dort lediglich von den vollzogenen Maßnahmen verständigt worden sei. Von der Aktion in der Domkirche selbst habe er überhaupt nichts gewusst, sondern erst nachträglich davon erfahren. Er bitte Westermayr, dies dem Kardinal mitzuteilen.⁵² Man ging schließlich von beiden Seiten aufeinander zu, worauf der Stadtrat folgende offizielle Notiz in die Presse gab: »Die Vorgänge auf dem Domberg und in der Domkirche haben in Kreisen der Bevölkerung von Freising Aufsehen und Bedauern erregt. Deshalb hat der Oberbürgermeister im Interesse der Stadt an den Hochwürdigsten Herr Kardinal das Ersuchen gerichtet, auch in diesem Jahr die Priesterweihe in herkömmlicher Weise in der Freisinger Domkirche wieder zu spenden. Diesem Ersuchen hat Se. Eminenz nunmehr nach Rücksprache stattgegeben.«⁵³

Intervention Reinhard Heydrichs

Sein Verhalten trug Lederer noch ein höhnisches und herablassendes Schreiben des Leiters der Bayerischen Politischen Polizei, Reinhard Heydrich, ein, der sich bereits damals sogar gegenüber einem höheren Parteifunktionär einen solchen Ton erlauben konnte: »Es war bei der Mentalität des höheren katholischen Klerus vorzusehen, daß eine abweisende Antwort seitens des Kardinals Faulhaber vorzusehen sei. Typisch ist, daß später von gleichen Stelle eine Zusage kam. Ernsthafte Erwägungen hierüber hätten davon abhalten müssen, ein in so hohem Maße unterwürfiges Schreiben an den Münchener Erzbischof zu richten. Zum mindesten ist es unverständlich, daß Sie als alter Parteigenosse und gleichzeitiger politischer Leiter in exponierter Stellung die volle Verantwortung für diesen Brief durch Ihre Unterschrift übernehmen konnten. Die Antwort des Kardinals läßt in ihrer wegwerfenden und herausfordernden Art nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig.«⁵⁴ Im Juni 1935 schrieb Lederer der Gauleitung zu Händen Nippolds, die katholische Kirche entwickle eine »fiebrige Tätigkeit.«⁵⁵ In den Volksschulen sei bisher die Beichte der Kinder alle drei Monate üblich gewesen, jetzt sei sie monatlich angeordnet, und zwar am Samstagnachmittag, das heißt dem Staatsjugendtag.⁵⁶ Die Erstkommunion finde nun zweimal statt, nicht nur für die Zehn-, sondern auch bereits für die Neunjährigen der dritten Volksschulklasse. Es bestehe auch immer noch die alte Schulordnung, die die Lehrer verpflichte, an Bittprozessionen geschlossen mit ihren Klassen teilzunehmen. Die Gauleitung solle bei den zuständigen Stellen um Aufklärung ersuchen und Missstände beseitigen. Nach außen hin blieben Lederer und Faulhaber bei einem höflichen Umgangston.⁵⁷ Ende 1935 bedankte sich Faulhaber bei

Lederer für dessen Neujahrswünsche.⁵⁸ Doch wurde durchaus weiter gegen die Geistlichkeit Stimmung gemacht, so etwa in der Rede Franz Buchners vom 24. August 1935, in der er Ordensleute mit Devisenschmuggel in Verbindung brachte und behauptete, dass es Priester gebe, die bei Beerdigungen die Verstorbenen in Menschen erster und in Menschen fünfter Klasse einteilten.⁵⁹ Er forderte, vor allem müsse sich die Kirche aus der Politik heraushalten.

Gebete für P. Rupert Mayer 1938

Als Provokation empfand es Lederer, dass im Januar 1938 in allen Freisinger Kirchen demonstrativ für den in Straftat befindlichen oppositionellen Jesuitenpater Rupert Mayer⁶⁰ gebetet wurde. Er vermutete, dass dies auf Weisung einer höheren kirchlichen Stelle geschehen sei.⁶¹

Noch im Juli 1938 berichtete er der Regierung von Oberbayern, dass die politischen Tendenzen bei der Geistlichkeit in seinem Herrschaftsbereich weiter bestünden: »Die Überwachung der Gottesdienste, vor allem der Predigten, zeigt eindeutig, daß die politisierende Kirche ihren Kampf noch lange nicht aufgegeben hat. Wenn auch die Angriffe heute mehr denn je getarnt und unangreifbar sind, so wissen die Kirchenbesucher zu genau, was mit den spitzfindigen Redensarten gemeint ist. Auf diese Gefahr der Gegenpropaganda muß ich immer wieder hinweisen, da sich diese im Falle einer ersten politischen Auseinandersetzung sehr ungünstig auswirken kann.«⁶²

Alltag: Überwachung und Schikanen

Die Predigten der Geistlichen wurden auch weiterhin von der Kriminalpolizei überwacht.⁶³ Zwar wagte man wegen der unberechenbaren Wirkung auf die Stimmung der Bevölkerung keine direkten Gewaltakte, doch ging die Politik der Nadelstiche weiter. Am 18. Mai 1935 wurde in München und Freising die Caritas-Sammlung verboten, am 2. Tag aber wieder erlaubt.⁶⁴ Auch in Freising musste die Presse die Berichte über die 1936/1937 in großem Ausmaß angestregten Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Geistliche bringen.⁶⁵ Beim »Freisinger Tagblatt«, das noch immer seine katholische Grundeinstellung nicht verleugnete, versuchte die Redaktion, die Aufmerksamkeit dafür gering zu halten, indem sie die Berichte auf den hinteren Seiten platzierte. Das Konkurrenzblatt »Freisinger Nachrichten« meldete dies aber bei der Partei. Die Redaktion des »Freisinger Tagblatts« erhielt darauf eine scharfe Verwarnung vom Gaupresseamt.⁶⁶

Die katholischen Jugendverbände wurden einstweilen nicht angetastet. Die Pfarrjugend von St. Georg konnte sich weiter regelmäßig treffen.⁶⁷ Das katholische Jugendheim auf dem Domberg wurde dagegen beschlagnahmt und der Hitlerjugend zur Verfügung gestellt.⁶⁸ Studienrat Franz Brand vom Gymnasium trat mit seiner Kolping-Bläsergruppe geschlossen der SA-Reserve bei, um wenigstens so die Zusammenkünfte zu sichern.⁶⁹

Primizfeiern und Fronleichnamfeiern wurden weiter, wenn auch widerwillig, toleriert.⁷⁰ Nach dem Urteil des Buchdruckereibesitzers und ehemaligen Stadtrats Karl Warmuth war besonders der Kreisamtsleiter für Volksgesundheit, Dr. Haslreiter, bei der religiös gesinnten Bevölkerung in Freising gefürchtet. Haslreiter, der selbst aus der Kirche ausgetreten war, pflegte bei den öffentlichen Fronleichnamprozessionen Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst zu fotografieren, die dann von der Kreisleitung zur Rede gestellt wurden. Viele von ihnen wagten dann in den Folgejahren nicht mehr, an der Prozession teilzunehmen.⁷¹

Im März 1939 lag eine Verfügung des Reichsinnenministers

vor, der zufolge die Meldeämter die Informationen über neu gemeldete Personen nicht mehr an die Kirchen weitermelden durften. Die Freisinger Pfarreien forderten darauf die Katholiken in einem Rundschreiben auf, bei Anmeldungen beim Einwohneramt ihrerseits eine Meldung an die Pfarrämter zu machen, da die Seelsorge als das Wichtigere erscheine.⁷²

Erziehung und Schule

Schritt für Schritt verdrängte man die Kirche aus Bereichen, die über den rein religiösen Kernbereich hinausgingen. Bereits im Juni 1936 sagte Gauleiter Adolf Wagner in einer Rede vor der NS-Frauenschaft, es sei »[...] selbstverständlich notwendig, daß unsere Jugend in unserem Sinn und Geist erzogen wird. [...] Deshalb beanspruchen wir das alleinige Recht, unsere Jugend so heranzubilden, wie wir das für richtig halten. Wenn wir es dabei für richtig halten, Ordensbrüder und Ordensschwestern abzubauen, dann tun wir das, ganz gleichgültig, wer sich dagegen stemmt. Wir wissen unsere Jugend in unseren eigenen Verbänden besser aufgehoben als in den Händen anderer.«⁷³ In Freising wurden damals noch die Leitung und der größte Teil der Lehrkräfte des staatlichen Mädchenlyceums vom Orden der Armen Schulschwestern gestellt. Seit 1933 hatte Lederer vier klösterliche Lehrkräfte durch weltliche ersetzt.⁷⁴ Endziel sollte auch sein, an Volks- und Mittelschulen nur noch weltliche Lehrer zu haben. Bei dem Mädchenlyceum ergab sich aber das Problem, dass die weltlichen Lehrer erheblich teurer waren. Deshalb wollte Lederer die Schwestern einstweilen in ihren Stellungen belassen. Dagegen sollte in den Kindergärten das klösterliche Personal ganz abgebaut werden. Mit Wirkung vom April 1939 wurde dann den klösterlichen Lehrkräften am Lyceum und an der weiblichen Berufsschule im Januar 1938 die Lehrberechtigung endgültig entzogen.⁷⁵ Lederer behauptete später, er habe sich für die Klosterschwestern eingesetzt und sich erfolgreich darum bemüht, sie anderswo unterzubringen.⁷⁶

Schon im März 1937 benannte man die Volksschulen um. Die Katholische Knabenschule St. Georg hieß nun »Knabenschule Freising-Altstadt«, entsprechend auch die Mädchenschule, »Mädchenschule Freising-Altstadt«. Die »Katholische Knaben- und die Katholische Mädchenschule St. Peter und Paul« wurden in »Knabenschule Freising-Neustift« und Mädchenschule »Freising-Neustift« umbenannt.⁷⁷

Mit Wirkung vom 19. Juni 1937 wurden sämtliche Schulen in Oberbayern in Gemeinschaftsschulen umgewandelt. Die eigene evangelische Schule in Freising wurde am 24. Juni aufgehoben.⁷⁸ Der dortige Hauptlehrer Johann Hofmann wurde der Knabenschule Freising-Altstadt zugewiesen. De facto wurde aber zumindest die Mädchenschule immer noch wie eine katholische Schule geführt.⁷⁹ Lederer drängte bei der Regierung von Oberbayern darauf, auch hier die klösterlichen Lehrkräfte möglichst bald zu ersetzen. Er hatte bereits eine Umfrage vornehmen lassen. Danach hatten sich von 587 Erziehungsberechtigten 562 für die Umwandlung der Bekenntnisschule Freising-Altstadt in eine Deutsche Volksschule ausgesprochen.⁸⁰ Bei der Bekenntnisschule Freising-Weihenstephan waren es entsprechend 80 von 81.

Der sehr katholisch gesinnte Leiter der Vöttinger Volksschule, Oberlehrer Johann Kneißl, ging seinerseits von Haus zu Haus, um für die Bekenntnisschule zu werben.⁸¹ Seine Witwe sagte später aus, Lederer habe ihm deshalb mit dem Konzentrationslager Dachau gedroht.⁸² Den Lehrkräften wurde aufgrund eines Erlasses der Reichsregierung der Beitritt zu konfessionellen berufsständischen Vereinigungen und die Aktivität in diesen verboten.⁸³

Hochschule

Im Juli 1934 würdigte das immer noch dem Katholizismus verbundene »Freisinger Tagblatt« in einem zweiseitigen Artikel das hundertjährige Bestehen der katholischen Hochschule. OB Lederer und Rechtsrat Bergmann sandten dem Rektor ihre Grüße: »Wieviel Segen ist ausgegangen von der Hochschule, welche die stolze Erinnerung verkörpert an eine über ein Jahrtausend zurückgreifende, von Freising ausgehende geschichtliche Entwicklung, welche Freising zum ältesten Kulturzentrum Altbayerns machte und den Ruf und Ruhm der Stadt als Hüterin und Förderin christlicher Kultur in weite Lande trug.«⁸⁴ Nach Kriegsbeginn wurde aber die Hochschule bereits am 9. Oktober 1939 geschlossen und die Räumlichkeiten beschlagnahmt.⁸⁵ Schon vorher hatte der Staat durch Versetzung von Lehrkräften ihr Fundament untergraben.⁸⁶ Die Absicht, sie aufzuheben, ging bis auf das Jahr 1934 zurück. In einer Versammlung, deren Datum nicht bekannt ist, fantasierte der Leiter der städtischen Polizei, Hubert Rasch, großspurig: »Den Domberg zerstören wir nicht, sondern machen daraus ein Museum.«⁸⁷

Waisenhausstiftung

Am 20. November 1940 hob der Stadtrat die Katholische Waisenhausstiftung Freising auf, »[...] da die Erfüllung des Stiftungszweckes infolge der Veränderung der politischen Verhältnisse rechtlich unmöglich geworden ist. Bis zur Machtübernahme durch den Nationalsozialismus bestanden nach den damaligen Staatsgrundsätzen gegen diese Stiftung keine Bedenken. Heute läßt sich aber der Stiftungszweck nicht mehr mit den Grundsätzen und Zielen der nationalsozialistischen Staatsführung vereinbaren. Eine örtliche Stiftung mit ausschließlich katholischem Charakter für die Durchführung einer konfessionellen Jugenderziehung ist überlebt, denn sie liegt nicht im Rahmen der örtlichen Gemeinschaftsaufgaben der Gemeinde und entspricht nicht dem nat. soz. Erziehungsanspruch, der eindeutig im Gesetz über die Hitlerjugend vom 1. 12. 1936 festgelegt ist«⁸⁸ und ferner aus den verschiedenen Maßnahmen des Staates, z. B. Abbau klösterlicher Lehr- und Erziehungskräfte und der Auflösung klösterlicher Erziehungsstätten hervorgeht.«⁸⁹ Die Betreuung von Waisen sei nach nationalsozialistischen Grundsätzen ausgewählten privaten Pflegeeltern und den Jugendheimstätten der NSV übertragen. Die Mittel des Waisenhauses seien ohnehin von der gesamten Bevölkerung aufgebracht worden. Das vorhandene Kapitalvermögen werde daher dem Gemeindevermögen, der Immobilienbesitz dem städtischen Grundvermögen einverleibt. Die Klosterschwestern im Kranken- und im Waisenhaus sollten durch sogenannte »Braune Schwestern« ersetzt werden. Dr. Duschl konnte dies aber verhindern.⁹⁰

Kampf der Weltanschauungen

OB Lederer trat erst 1941 aus der Kirche aus, angeblich, weil der für ihn zuständige Pfarrer sich ihm gegenüber dauernde Gehässigkeiten leistete.⁹¹ Noch 1940 glaubte er, die katholische Weltanschauung werde in Freising erst nach einem Ende des Kriegs überwunden werden können: »Es ist wirklich so, dass ein echter deutscher Mensch Hemmungen hat wenn er einer Institution angehört, die es peinlichst vermeidet, den nationalsozialistischen Staat anzuerkennen und alle Mittel in Bewegung setzt, den gewaltigen Umbruch, den wir bereits erlebten, und der uns noch bevorsteht, zu hemmen. Freising ist ja in dieser Hinsicht ein Musterbeispiel. Ich bin aber der festen Überzeugung, daß nach dem Kriege auch die Weltanschauung

ung Adolf Hitler's den gewaltigsten aller Siege davon tragen wird.«⁹² Die Geschichte widerlegte Carl Lederers Hoffnungen auf einen ideologischen »Endsieg«. Nach dem verlorenen Krieg suchte man in den Entnazifizierungsverfahren die Hilfe eben der Geistlichen, die man Jahre vorher schikaniert hatte.

Anmerkungen:

- ¹ Freisinger Tagblatt vom 21. 4. 1932; Freisinger Nachrichten vom 21. 4. 1933.
- ² Freisinger Nachrichten vom 20. 4. 1932.
- ³ Aussage Frau Fents vom 24. 6. 1948, StAM, Spruchkammern, K 3219, Hubert Rasch, fol. 33.
- ⁴ Ulrich von Hehl/Christoph Kösters (Bearb.): *Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A: Quellen, Bd. 37). Bd. I. Paderborn u. a., 3. Auflage 1996, S. 899.
- ⁵ Monatsbericht der Regierung von Oberbayern vom 8. 1. 1935, in: *Helmut Witeischek* (Bearb.): *Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943*. Bd. I: *Regierungsbezirk Oberbayern* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe A, Bd. 3). Mainz 1966, S. 47; *Priester unter Hitlers Terror I*, S. 987. Gegen Uschold wurde später noch ein Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz eröffnet, das aber aufgrund einer Amnestie vom 30. April 1938 eingestellt wurde.
- ⁶ *Priester unter Hitlers Terror I*, S. 952.
- ⁷ *Thomas Forstner*: *Priester in Zeiten des Umbruchs. Identität und Lebenswelt des katholischen Pfarrklerus in Oberbayern 1918 bis 1945*. Göttingen 2013, S. 215.
- ⁸ *Sonja Kochendörfer*: *Die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft am Beispiel Freisings*, Unpublizierte Magisterarbeit, München 1985, S. 71 (Exemplar im StA Freising); *Peter Hacker*: *Freising – was die Stadt im 20. Jahrhundert bewegte*. Passau 2002, S. 57; *Priester unter Hitlers Terror I*, S. 924. Bei *Sonja Kochendörfer/Toni Schmid*: *Freising unter dem Hakenkreuz*. Freising 1983, S. 68, ist der Fall in den Januar 1933 datiert, als die NSDAP noch gar nicht an der Macht war, offenkundig ein Irrtum, der in dem Werk *Priester unter Hitlers Terror* noch verwirrt als eigenes Ereignis, unabhängig von dem des Jahres 1935 erscheint. Mehrfach gab es Versuche, ihn in ein Konzentrationslager zu bringen, die aber an den Protesten des Standortältesten in Freising scheiterten.
- ⁹ Siehe dazu *Bernward Dörner*: »Heimtücke«. Das Gesetz als Waffe. Kontrolle, Abschreckung und Verfolgung in Deutschland 1933–1945. Paderborn u. a. 1996.
- ¹⁰ *Priester unter Hitlers Terror I*, S. 953.
- ¹¹ Zu Johann Baptist Westermayr: *Forstner*, *Priester*, S. 159f.
- ¹² Westermayr an Kriner, 30. 11. 1935, Altregistratur III-355, StadtAFreising.
- ¹³ Siehe auch *Ludwig Volke* (Bearb.): *Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917–1945*. Bd. II (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe A, Bd. 26). 2. Aufl. Mainz 1984, S. 82, Anm. 6.
- ¹⁴ Westermayr an Lederer, 30. 12. 1935, Altregistratur III-362, StadtAFreising.
- ¹⁵ Zum Fall Roßberger: *Kochendörfer*, *Herrschaft*, S. 63–70; *Wolfgang Dierker*: *Himmels Glaubenskrieger. Der Sicherheitsdienst der SS und seine Religionspolitik 1933–1941* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 92). 2. Aufl. Paderborn u. a., S. 98f.; *Forstner*, *Priester*, S. 134–136.
- ¹⁶ Aussage Georg Oberndorfers im Prozess vor dem Sondergericht München, StAM, Staatsanwaltschaften 7622, fol. 8; *Kochendörfer*, *Herrschaft*, S. 65f.
- ¹⁷ Schreiben an Hartl vom 8. 8. 1933, Altregistratur III-366, StadtAFreising.
- ¹⁸ Freisinger Nachrichten vom 1./2./3. 1. 1934; Freisinger Tagblatt vom 3. 1. 1934 und die Berichte in Freisinger Tagblatt vom 4. 1. 1934 und Freisinger Nachrichten vom 4. 1. 1934. Die Vorwürfe gegen Roßberger auch in dem Schreiben Lechners an Bimeslehner und Schmidts an Bimeslehner, 17. 11. 1933, StAM, Staatsanwaltschaften 7622, fol. 1–4. Kochendörfers Feststellung, die Bevölkerung in Freising sei über den Fall Roßberger nur äußerst spärlich informiert worden, *Kochendörfer*, *Herrschaft*, S. 64, 70, trifft also nicht zu.
- ¹⁹ Zu dem Brauchbuch: *Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß*: *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*. München 1997, S. 402.
- ²⁰ Freisinger Nachrichten vom 1./2./3. 1. 1934; vgl. den Bericht des Freisinger Tagblatts vom 3. 1. 1934 und die Berichte in Freisinger Tagblatt vom 4. 1. 1934 und Freisinger Nachrichten vom 4. 1. 1934. Die Vorwürfe gegen Roßberger auch in dem Schreiben Lechners an Bimeslehner und Schmidts an Bimeslehner 17. 11. 1933, StAM, Staatsanwaltschaften 7622, fol. 1–4.
- ²¹ S. a. Roßbergers Erklärungen bei der Vernehmung im Amtsgerichtsgefängnis Freising vom 19. 11. 1933, StAM, Staatsanwaltschaften 7622, fol. 13.
- ²² Es dürfte sich um die Wahlversammlung mit Wagner vom 2. November 1933 gehandelt haben.
- ²³ S. a. Hartls schriftliche Erklärung vom 18. 11. 1933 und seine Äußerungen in der Verhandlung des Sondergerichts, StAM, Staatsanwaltschaften 7622, fol. 5, 9.
- ²⁴ Freisinger Tagblatt vom 10. 1. 1934.
- ²⁵ Freisinger Tagblatt vom 11. 1. 1934; Freisinger Nachrichten vom 11. 1. 1934.
- ²⁶ *Dierker*, *Glaubenskrieger*, S. 100.
- ²⁷ Direktion der Gefangenenanstalt Nürnberg an Staatsanwaltschaft beim Landgericht München II, 19. 1. 1934, StAM, Staatsanwaltschaften 7622.
- ²⁸ Beschluss des Sondergerichts München vom 17. 8. 1934, StAM, Staatsanwaltschaften 7622.
- ²⁹ Münchener Zeitung vom 14. 12. 1936. Kochendörfer versucht mit dem Hinweis, alle geistlichen Untergebenen Roßbergers hätten vor Gericht beteuert, dass dieser Hitler als Retter vor dem Bolschewismus gesehen habe, seine Einstellung gegen den Nationalsozialismus zu relativieren. Sie übersieht aber, dass diese Argumentation nur dazu diene, ihn vor Gericht zu entlasten und keine direkten Rückschlüsse auf seine tatsächliche Einstellung zulässt. Die drastischen Äußerungen gegenüber den übrigen Seminarlehrern sprechen für sich. Er hatte offenbar nur Hartls Charakter falsch eingeschätzt. *Kochendörfer*, *Herrschaft*, S. 64f.
- ³⁰ Lechner an Schmid, 8. 11. 1933, StAM, Staatsanwaltschaften 7622, fol. 1f.
- ³¹ *Forstner*, *Priester*, S. 135f.
- ³² MK an Gauamtsleitung NSLB, 15. 11. 1934, StAM, NSDAP 1034.
- ³³ Hofmann an NSLB, Gau München, 9. 12. 1934, StAM, NSDAP 1034.
- ³⁴ Zu seiner späteren Karriere im SD und im Reichssicherheitshauptamt, wo er formell zum Vorgesetzten von Adolf Eichmann aufstieg und zu seiner Biografie nach dem Krieg: *Dierker*, *Glaubenskrieger*, S. 102–118.
- ³⁵ *Dierker*, *Glaubenskrieger*, S. 101.
- ³⁶ Bericht der Bayerischen Politischen Polizei vom Mai 1934, Bundesarchiv Berlin, R 43 II/175, fol. 47–65; Lederer an Adolf Wagner, 7. 4. 1935, Altregistratur III-404, StadtAFreising; *Dierker*, *Glaubenskrieger*, S. 101; *Forstner*, S. 185f.
- ³⁷ Zum Folgenden Bericht Westermayers vom 22. 2. 1935, Altregistratur III-404, StadtAFreising.
- ³⁸ Bericht Wagners vom 18. 2. 1935, Altregistratur III-404, StadtAFreising.
- ³⁹ Zeugenvernehmung Hans Ebenbecks, Anlage zum Protokoll der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer Freising-Stadt vom 31. 3. 1946, StAM, Spruchkammern, K 3225, Erwin Schnell, fol. 21 d.
- ⁴⁰ Entwurf Faulhabers [2. 3. 1935], Akten Kardinal Michael von Faulhabers, Bd. II, S. 21.
- ⁴¹ Faulhaber an Reichsministerium des Innern, 25. 2. 1935, BayHStA, Stk 7256.
- ⁴² Zu Stepp: *Stefan Schmidl*: *Gestapo, Strafsjustiz und »Kanzelmisbrauch« in Südbayern 1933 bis 1939* (Miscellanea Bavarica Monacensia 177). München 2002, S. 111–126, insbes. S. 113, Anm. 10.
- ⁴³ Gemeint war eine Rede, in der Faulhaber gegen die Gemeinschaftsschule gesprochen hatte.
- ⁴⁴ Stepp an MK, 10. 4. 1935, BayHStA, Stk 7256. Der Bericht Stepps ging auf die Ermittlungen des Beamten der Politischen Polizei, Hans Ebenbeck, zurück. Zeugenvernehmung Hans Ebenbecks, Anlage zum Protokoll der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer Freising-Stadt vom 31. 3. 1946, StAM, Spruchkammern, K 3225, Erwin Schnell, fol. 21 d.
- ⁴⁵ Lederer und Bergmann an Faulhaber, 1. 4. 1935, Altregistratur III-404, StadtAFreising.
- ⁴⁶ Faulhaber an Stadtrat Freising, 3. 4. 1934, Altregistratur III-404, StadtAFreising.
- ⁴⁷ Freisinger Nachrichten vom 10. 4. 1934.
- ⁴⁸ *Hacker*, *Freising*, S. 56.
- ⁴⁹ Möglicherweise ein zum NSLB gehörender Kreis.
- ⁵⁰ Zur Gemeinschaftsschule im Nationalsozialismus s. *Fritz Schäffer*, *Gemeinschaftsschule*, in: *Historisches Lexikon Bayerns*, URL: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44500> (20. 11. 2012).
- ⁵¹ Lederer an Adolf Wagner, 7. 4. 1935, Altregistratur III-404, StadtAFreising.
- ⁵² Lederer an Gauleitung München-Oberbayern, 7. 4. 1935, Altregistratur III-404, StadtAFreising.
- ⁵³ Lederer an Westermayr, 7. 4. 1935, Altregistratur III-404, StadtAFreising.
- ⁵⁴ Undatierte Notiz, Altregistratur III-404, StadtAFreising.
- ⁵⁵ Heydrich an Lederer, 13. 6. 1935, Altregistratur III-404, StadtAFreising.
- ⁵⁶ Lederer an Gauleitung München-Oberbayern, 12. 6. 1935, in: *Johann Neuhäusler*: *Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der katholische Widerstand*. Teil 1. München 1946, S. 77f., hier S. 77.
- ⁵⁷ Der Reichjugendführer Baldur von Schirach erklärte am 7. Juni 1934 den Samstag zum Staatsjugendtag. Schüler, die Mitglieder der HJ waren, waren zugunsten der Teilnahme an deren Veranstaltungen befreit. Am 1. Dezember 1936 wurde er wieder abgeschafft, da die Zugehörigkeit zur HJ nun allgemein verpflichtend war.
- ⁵⁸ Lederer selbst ließ seinen am 26. Januar 1938 geborenen Sohn heimlich in seinem Haus durch seinen Stiefbruder taufen, der katholischer Geistlicher war. 1941 traten er und seine Familie aus der Kirche aus. *Kochendörfer/Schmid*, *Freising unter dem Hakenkreuz*, S. 59.
- ⁵⁹ Dankkarte Faulhabers, Altregistratur 362, StadtAFreising.
- ⁶⁰ Freisinger Tagblatt vom 27. 8. 1935.
- ⁶¹ Zu Rupert Mayer: *Roman Bleistein*: *Rupert Mayer. Der verstummte Prophet*. Frankfurt am Main 1993.
- ⁶² Monatsbericht der Regierung von Oberbayern vom 9. 2. 1938, in: *Die kirchliche Lage*, Bd. I, S. 287.
- ⁶³ Zitiert nach Monatsbericht der Regierung von Oberbayern vom 10. 7. 1938, in: *Die kirchliche Lage*, Bd. I, S. 296.
- ⁶⁴ Bericht der Kriminalpolizei Freising vom 22. 12. 1941, Altregistratur II-2992, StadtAFreising.
- ⁶⁵ Faulhaber an den bayerischen Episkopat, 25. 5. 1935, in: *Akten Kardinal Michael von Faulhabers*, Bd. II, S. 41.
- ⁶⁶ Zu den Prozessen: *Hans Günter Hockerts*: *Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/37* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe Bd. 5). Mainz 1971.
- ⁶⁷ Jakob Metz, *Wie ich zur NSDAP kam*, StAM, Spruchkammern, K 3213, Jakob Metz, fol. 10.
- ⁶⁸ *Kochendörfer/Schmid*, *Freising unter dem Hakenkreuz*, S. 66f.
- ⁶⁹ *Kochendörfer/Schmid*, *Freising unter dem Hakenkreuz*, S. 83.
- ⁷⁰ *Kochendörfer/Schmid*, *Freising unter dem Hakenkreuz*, S. 84. Da er früher Mitglied der BVP gewesen war und er als »schwarz« galt, traute man ihm in der Partei nicht. Der kommissarische Kreisleiter Seidl war dagegen, ihm den Titel

eines Studienprofessors zu verleihen. Gauhauptstellenleiter Lauterbach an das Gauamt für Erzieher, 31. 10. 1941, StAM, NSDAP 1030.

⁷⁰ Schreiben Lederers vom 10. 5. 1937, Altregistratur III-364, StadtAFreising; Monatsbericht der Regierung von Oberbayern vom 10. 7. 1939, in: Die kirchliche Lage, Bd. I, S. 310.

⁷¹ Eidesstattliche Erklärung Karl Warmuths vom 18. 10. 1947, StAM, Spruchkammern, K 3248, Dr. Hubert Haslreiter, fol. 128.

⁷² Monatsbericht der Regierung von Oberbayern vom 11. 3. 1939, in: Die kirchliche Lage, Bd. I, S. 305.

⁷³ Freisinger Tagblatt vom 26. 6. 1936.

⁷⁴ Lederer an Mündler, 4. 6. 1936, Altregistratur III-364, StadtAFreising. Später behauptete er, er habe die Klosterschwestern anderswo untergebracht. Protokoll der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer beim Arbeits- und Internierungslager Dachau vom 26. 8. 1948, StAM, Spruchkammern, K 1025, Carl Lederer.

⁷⁵ Entschließung des Bürgermeisters vom 30. 1. 1938, Nr. 1, Entschließungen des Rats der Stadt 1935–1943, StadtAFreising.

⁷⁶ Aussage Lederers, Protokoll der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer beim Arbeits- und Internierungslager Dachau vom 26. 8. 1948, StAM, Spruchkammern, K 1025, Carl Lederer.

⁷⁷ Beratung vom 12. 3. 1937, Nr. 14, Entschließungen des Rats der Stadt 1935 bis 1943, StadtAFreising.

⁷⁸ Regierung von Oberbayern an Stadtschulbehörde Freising, 8. 7. 1937, Altregistratur II-2910, StadtAFreising.

⁷⁹ Lederer an Regierung von Oberbayern, 3. 7. 1937, Altregistratur II-2910, StadtAFreising.

⁸⁰ Lederer an Regierung von Oberbayern, 15. 6. 1937, Altregistratur II-2910, StadtAFreising.

⁸¹ Eidesstattliche Erklärung Johann Hofmanns, StAM, Spruchkammern, K 1025, Carl Lederer, fol. 219.

⁸² Aussage Ottilie Kneißls nach dem Protokoll der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer beim Arbeits- und Internierungslager Dachau vom 26. 8. 1948, StAM, Spruchkammern, K 1025, Carl Lederer.

⁸³ Bekanntmachung Lederers vom 22. 11. 1938, Altregistratur III-144, StadtAFreising.

⁸⁴ Freisinger Tagblatt vom 19. 7. 1934.

⁸⁵ Forstner, Priester, S. 208.

⁸⁶ Faulhaber an MK, 27. 8. 1938, Akten Kardinal Michael von Faulhabers, Bd. II, S. 580–587.

⁸⁷ StAM, Spruchkammern, K 3219, Hubert Rasch, fol. 8.

⁸⁸ <http://www.verfassungen.de/de/de33-45/hitlerjugend36.htm>.

⁸⁹ Entschließungen des Bürgermeisters vom 20. 12. 1940, Nr. 7, Entschließungen des Rats der Stadt 1935–1943, StadtAFreising.

⁹⁰ Angaben Duschls zum Meldebogen vom 9. 5. 1946, StAM, Spruchkammern, K 3293, fol. 2 a.

⁹¹ Aussage Lederers in der Spruchkammerverhandlung vom 26. 8. 1948, K 3193, Dr. Josef Duschl, fol. 2 a; *Kochendörfer/Schmid*, Freising unter dem Hakenkreuz, S. 59.

⁹² Lederer an Major Huber, 4. 4. 1940, StAM, Spruchkammern, K 1025, Carl Lederer, fol. 132.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Paul Hoser, Am Glockenbach 8, 80469 München

Die amerikanische Militärpräsenz in Fürstenfeldbruck 1945 bis 1957

Von Katharina Brauer-Bals

Der 8. Mai 1945 stellte einen Einschnitt in die deutsche Geschichte dar. Nach nunmehr sechs Jahren des Krieges zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten konnten letztere dem NS-Regime ein Ende setzen und dessen bedingungslose Kapitulation erzwingen. Deutschland stand vor einem Neuanfang und befand sich in der »Stunde Null«, die Zukunft der Deutschen war ungewiss. Bereits früh hatten die Alliierten das weitere Vorgehen gegenüber Deutschland nach Kriegsende festgelegt.¹ Die Herrschaftsstrukturen des NS-Regimes sollten vollständig zerschlagen und der Bevölkerung der Weg zurück in die Demokratie gezeigt werden. Demilitarisierung, Entnazifizierung, Demontage, Dezentralisierung und Demokratisierung gingen als Schlagworte in die Geschichtsbücher ein.² Des Weiteren wurde Deutschland in vier Besatzungszonen eingeteilt, die jeweils einem der Siegermächte USA, Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion unterteilt wurden. Bayern und somit auch Fürstenfeldbruck unterstand fortan der US-Militärregierung in Deutschland (OMGUS).³

Das Kriegsende in Fürstenfeldbruck

Wie auch in anderen Städten begannen die Amerikaner ihre Besatzungsherrschaft in Fürstenfeldbruck mit einiger Härte, bedingt durch die Bilder und Berichte über den menschenverachtenden Umgang der Nationalsozialisten gegenüber zum Beispiel KZ-Häftlingen. Zudem sahen sie sich mit einer Vielzahl von Aufgaben konfrontiert, zum Beispiel mit der Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Wohnraum. Nicht nur die hiesigen Einwohner bedurften der Fürsorge der amerikanischen Truppen, sondern auch Flüchtlinge, Vertriebene, KZ-Überlebende, ehemalige Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene.⁴ Um die Nachbeben des Krieges und des nationalsozialistischen Regimes kontrollieren zu können, kam es bald zu Ausgangssperren, Inhaftierungen und Amtsenthebungen. Hierzu wurde in Fürstenfeldbruck bereits am 30. April 1945, unmittelbar nach dessen Einnahme am

29. April, ein neunköpfiges Gremium, das *Military Government Detachment Fürstenfeldbruck*, gebildet, das zunächst verwaltungstechnische Aufgaben, die Sicherung der Bevölkerung und die Gerichtsbarkeit übernahm, bevor diese den mit deutschen Beamten neu besetzten Ämtern übergeben wurden.⁵ Doch auch die eigenen Soldaten mussten versorgt werden, weswegen die amerikanische Militärregierung das Areal um den Fliegerhorst Fürstenfeldbruck beschlagnahmte. Dieser war trotz eines Luftangriffes am 9. April 1945 weitgehend intakt, lediglich die Start- und Landebahn des Flugplatzes war in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Truppen- und Versorgungsräume waren schnell bewohnbar gemacht und dienten im Laufe der folgenden Jahre einer Vielzahl von amerikanischen Divisionen als Einsatzposten. *Fursty*, wie die amerikanischen Truppen den Fliegerhorst Fürstenfeldbruck über die Jahre hinweg beinahe liebevoll nannten, sollte sich zu einem primären Verbindungspunkt zwischen den Amerikanern und den Bruckern entwickeln.⁶

Erste Berührungspunkte

Zunächst jedoch sollte das von den Truppen der *3. US Infanterie Division (Oklahoma Division)* zwischen dem Fliegerhorst und dem nahegelegenen Emmering errichtete Kriegsgefangenenlager die ersten tieferen Kontakte bestimmen. Auf der etwa 40 Hektar großen, eingezäunten Fläche wurden insgesamt rund 70 000 Gefangene – Männer, Frauen und auch Kinder – aus dem Großraum München inhaftiert. Angesichts der hohen Insassenzahlen, der kriegsbedingten Versorgungsengpässe und aufgrund des schnellen Vormarsches der Amerikaner in Bayern, kam es schnell zu Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung der Gefangenen, sodass ihnen besonders in den ersten Tagen weder Wasser noch Essen zur Verfügung standen.⁷ Dieser Sachverhalt blieb den Bewohnern der anliegenden Ortschaften nicht verborgen und sie organisierten Essenstransporte zum Kriegsgefangenenlager. Die amerikanischen Truppenan-